



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Ärmel hoch

**Mehr als 6,1 Millionen
Corona-Schutzimpfungen in
Nordrhein-Westfalen**

Das RKI meldet mit Stand 30.4. für Deutschland insgesamt 3.381.597 bestätigte Fälle (+24.329 im Vergleich zum Vortag). Die 7-Tages-Inzidenz im Kreis Warendorf liegt derzeit bei 151,5.

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche kam der Landtag von NRW zu seiner 125., 126. und 127. Sitzung zusammen. Am Mittwoch debattierte das Parlament zunächst die Unterrichtung der Landesregierung unter dem Thema „Gemeinsam der dritten Welle entgegentreten – zusammen die Brücke für neue Perspektiven bauen“, bevor der Glücksspielstaatsvertrag beschlossen wurde, den ich als Sprecher im Hauptausschuss seit Beginn der Wahlperiode intensiv begleitet habe. Der Plenardonnerstag begann mit einer Aktuellen Stunde zur Tariffahrt in Nordrhein-Westfalen. Weitere Themen waren u. a. ein Antrag von CDU und FDP zu einer effektiveren Strafverfolgung mittels grenzüberschreitender Sicherung elektronischer Beweismittel sowie das Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes. Das Plenum endete am Freitag begann mit einem Antrag zur kulturellen Bildung in Kindertageseinrichtungen.

Kaum ein Thema bewegt die Menschen in NRW derzeit mehr als die Schutzimpfungen gegen das Coronavirus.

Die Impfstoffoffensive nimmt weiter an Fahrt auf. Voraussichtlich kann nach der Impfung gefährdeter Personengruppen im Mai, im Juni die Impfpriorisierung aufgehoben werden. Dann sollen alle Bürgerinnen und Bürger ein Impfangebot erhalten. Mittlerweile sind über 5 Mio. Erstimpfungen in NRW vorgenommen worden. Das entspricht gut 28 % der Bevölkerung. So erfreulich der Trend ist – für breite Lockerungen ist noch kein Platz. Zunächst muss die Situation auf den Intensivstationen sich wieder normalisieren. Darüber hinaus muss die Aufklärung über die Impfkampagne weiter verbessert werden. Es muss uns noch besser gelingen, alle gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Gruppen zu erreichen. Tragen wir alle gemeinsam dazu bei, dass wir in den kommenden Wochen zu mehr Normalität wieder zurückkehren können. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen 1. Mai! Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Ihr Daniel Hagemeyer MdL

IMPFKAMPAGNE #NRW



Impfungen für chronisch Erkrankte der Priorität 2

Terminbuchung ab Freitag, 30. April, 08.00 Uhr



Jetzt auch in Impfzentren

Terminbuchung
Online über www.116117.de

- ☎ Telefonisch über 116117
- ☎ 0800 116 117 01 für das Rheinland
- ☎ 0800 116 117 02 für Westfalen Lippe



#mags.nrw



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Laschet kündigt Impfkampagne in Brennpunkten an

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat in den sozialen Brennpunkten der Großstädte besondere Impfkampagnen mit einer Info-Kampagne und mobilen Teams angekündigt. Wo Menschen in beengten Wohnverhältnissen lebten, sei die Gefahr sich anzustecken größer als im großzügig angelegten Einfamilienhaus. Deshalb müsse jetzt ein Schwerpunkt gesetzt werden beim Impfen, wo die Menschen enger zusammenlebten als anderswo. Hohe Inzidenzen dürften nicht von der Postleitzahl abhängen, unterstrich der Regierungschef mit Verweis auf große Unterschiede bei der Infektionshöhe in den Stadtvierteln von Köln.

Landtag stimmt Glücksspielstaatsvertrag zu

Der neue Glücksspielstaatsvertrag tritt mit bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen zum 1. Juli in Kraft. Er behält sein ursprüngliches Ziel, Menschen vor den Gefahren unerlaubten Glücksspiels zu schützen, bei und passt sich den veränderten Bedingungen z.B. im Online-Glücksspiel an.

Verdienstgrenze für Minijobs auf 530 Euro anheben

Der Landtag hat im Rahmen der Fortsetzung der Entfesselungsoffensive beschlossen, einen nordrhein-westfälischen Vorstoß im Bund zu starten, um die Verdienstgrenze für Minijobs auf 530 Euro anzuheben. Wenn Stundenlöhne steigen können Minijobber immer weniger arbeiten. Auch wird eine unkomplizierte Möglichkeit der digitalen Arbeitszeiterfassung gefordert. Weitere Forderungen der schwarz-gelben Landesregierung sind, dass es keine Vermögens- oder Finanztransaktionssteuer geben darf; auch eine weitere Belastung des ohnehin pandemiegebeutelten Einzelhandels durch Vorhaben wie eine Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sollte vermieden werden.

Landtagsfraktion stärkt Laschet den Rücken

Die CDU-Landtagsfraktion stellt sich symbolisch hinter ihren ehemaligen Vorsitzenden und amtierenden Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, und blickt optimistisch in die Zukunft bezüglich seiner Kanzlerkandidatur.

„Armin Laschet ist es gewohnt zu kämpfen und am Ende als Gewinner dazustehen“, weiß Daniel Hagemeyer. „Er ist ein Teamplayer und hat Dank seiner verbindlichen Art die Chance, die Partei zusammenzuhalten und wird dies auch als Bundeskanzler zum Wohle der Republik beweisen können.“

Auch wenn die Umfragewerte gerade nicht gut aussehen, sollte sich die Union davon nicht täuschen und demotivieren lassen. Der Wahlkampf wird erst noch in Fahrt kommen und stärker von Wirtschafts- und Umweltfragen geprägt sein. Die Frage, wie Deutschland nach der Pandemie aus der Krise und der massiven Kurzarbeit kommt, lässt der CDU Spielraum, sich mit ihrer Wirtschaftskompetenz in Kombination mit den Anforderungen an eine zukunftsorientierte Klimapolitik zu profilieren.“



Das Foto wurde in einer Zeit vor Corona aufgenommen

Die CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen freut sich sehr darüber, dass unser Ministerpräsident und Bundesvorsitzender, Armin Laschet, nun Kanzlerkandidat der Union für die kommende Bundestagswahl ist. Wir kennen seine Durchsetzungsstärke, seine Integrations- und Führungskraft und sind sicher, er wird sie gewinnbringend für den gemeinsamen Wahlerfolg von CDU und CSU nutzen!

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

KI im Einzelhandel

Die CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer (2.v.r.) und Henning Rehbaum (links) waren dabei, als Minister Pinkwart (2.v.l.) sich im Modehaus Ebbers über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz informierte. Markus Diekhoff (FDP, 3.v.l.), weitere Teilnehmer: Modehausinhaber Christoph Berger (3.v.r.) und Bürgermeister Peter Horstmann (rechts).



Foto: Andreas Poschmann



Mit künstlicher Intelligenz zum Verkaufserfolg— Christoph Berger vom Wareндorfer Modehaus Ebbers rüstet sein Geschäft für die Zeiten nach Corona. Das Projekt KIEPO, das von der Universität Duisburg-Essen wissenschaftlich begleitet und vom Land gefördert wird, wollte sich Landeswirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) vor Ort ansehen. Mittels eines Etiketts, das WLAN-Signale senden kann, wissen Berger und seine Mitarbeiter immer, wo sich jedes Produkt befindet. Durch Künstliche Intelligenz können wir also Ortungs- und Verkaufsdaten zusammengeführt werden. Der Zusammenhang zwischen Platzierung und Verkauf einer Waren kann so gezielt analysiert und vorteilhaft genutzt werden. Das System ist eine Schnittstelle zwischen stationärem und Online-Handel. Es sind die kleinen Händler, die die Innenstädte lebenswert machen. Wer Kunden binden möchte, muss in Zukunft ein Einkaufserlebnis bieten und diese sollten sich willkommen und geschätzt fühlen.



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Im Galopp durch die Landespolitik

Die aktuelle Landespolitik in NRW— Chancen für eine bessere Zukunft“ war die Überschrift auf der Einladung des CDU-Stadtverbandes Ennigerloh, der mit Daniel Hagemeyer einen informativen Abend per Videokonferenz erlebte.

Neben dem alles bestimmenden Thema Corona und der Impfstrategie ging es um die wichtigsten Kennzahlen des Landeshaushalts, Windenergie, Klimaschutz und Fördermittel für Sportanlagen, die über das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ nach Ennigerloh geflossen sind. Auch in der Denkmal- und Städtebauförderung konnte die Kommune Geld aus Düsseldorf erhalten.



Förderzusage für das Heimathaus Enniger

Ehrenamt bewegt - ehrenamtliches Engagement sowie die Förderung der Heimatpflege zahlen sich aus! Gemeinsam mit Heinz Wessel (Vorsitzender Heimatverein Enniger) freut sich Daniel Hagemeyer über die Förderzusage der NRW-Stiftung in Höhe von 22.000 Euro für die Sanierung der Giebelseiten des Heimathauses Enniger.

Hintergrund: Die NRW-Stiftung unterstützt das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern beim Erhalt von Landschaften, Denkmälern und Kulturgütern.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Corona: Die 3. Welle stoppen

→ Bundestag beschließt ←

Bundesregelungen zur Notbremse

ab 7-Tage-Inzidenz **über 100*** soll gelten

Private Kontakte	Ein Haushalt trifft maximal eine weitere Person
Ausgangsbeschränkung	von 22 bis 5 Uhr, Sport alleine bis 24 Uhr erlaubt
Einzelhandel des erweiterten täglichen Bedarfs (z. B. Supermärkte)	Begrenzte Kundenzahl je nach Größe des Geschäfts, mit Maske
Übriger Einzelhandel	Bis Inzidenz bis 150* Terminshopping mit Test und Maske. Darüber: geschlossen
Sport	Im Freien: Individualsport mit max. 2 Personen oder eigenem Haushalt, kontaktloser Gruppensport für 5 Kinder bis 14 Jahre
Kultur und Freizeit	ohne Präsenz/geschlossen
Körpernahe Dienstleistungen	Medizinische und ähnliche Dienstleistungen sowie Friseure und Fußpflege erlaubt mit FFP2-Maske (Friseure/Fußpflege zusätzlich mit Test)
Gastronomie	geschlossen, Abholung und Lieferdienst möglich
Schulen	2x pro Woche Testen bei Wechselunterricht. Bei Inzidenz über 165* Unterricht zu Hause

*an drei aufeinander folgenden Tagen

© Bundesregierung

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Corona-Testungen in Nordrhein-Westfalen

Bürgertestungen:

Bürger- und Arbeitgebertestungen werden in der Corona-Test- und Quarantäneverordnung geregelt. Dort ist festgelegt, dass jede Bürgerin und jeder Bürger Anspruch auf mindestens einen kostenlosen Coronaschnelltest hat. Diese Formulierung beinhaltet die Möglichkeit, auch öfter als einmal in der Woche von der Bürgertestung Gebrauch zu machen.

Organisatorische Fragen zum Aufbau der Bürgerteststellen sind in der Corona-Teststrukturverordnung geregelt. Die Verordnung beschreibt unter anderem die Vergütung für die Betreiber der Teststellen. Diese erfolgt grundsätzlich durch den Bund. Als einziges Bundesland hat NRW jedoch entschieden, Teststellen unter bestimmten Bedingungen eine Sockelfinanzierung in Höhe von einmalig und monatlich 1.000 € zu gewähren. Dadurch sollen Fixkosten der Teststelle wie beispielsweise zusätzliche Räume bzw. Zelte abgegolten werden. Mit mittlerweile über 7.000 Teststellen im Land ist Nordrhein-Westfalen absoluter Spitzenreiter bei den Bürgertests. In der 15. Kalenderwoche wurden hier über 1,8 Millionen Tests durchgeführt. Davon waren etwa 0,5 Prozent positiv. Alle positiv Getesteten sind verpflichtet, einen bestätigenden PCR-Test durchzuführen und sich unmittelbar in eine Absonderung zu begeben.

Arbeitgebertestungen

Der Bund hat in der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung eine Testpflicht für Unternehmen geschaffen. Für alle in Präsenz Arbeitenden müssen Arbeitgeber mindestens einen Schnell- oder Selbsttest pro Woche anbieten. Besonders gefährdeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die beispielsweise häufige Kundenkontakte haben oder in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, müssen zwei Testangebote pro Woche gemacht werden. Die Kosten sind von den Unternehmen selbst zu tragen.

Um die Unternehmen bei dieser Herausforderung zu unterstützen, weist das NRW-Gesundheitsministerium auf das vom Landtag beschlossene Freiwilligenregister hin. Dort sind Personen erfasst, die in der Regel medizinische Vorbildung haben und bei der Bewältigung von Aufgaben im Kontext der Pandemie unterstützen möchten. Derzeit verfügt das Freiwilligenregister über einen Bestand von rund 24.000 Personen, von denen etwa 2.000 bereits Einsätze absolviert haben. Nähere Informationen können Sie unter www.freiwilligenregister-nrw.de erhalten.

Für Nordrhein-Westfalen wurde eine unbürokratische Möglichkeit geschaffen, wie Arbeitgeber ihren Beschäftigten einen Bescheid über das negative Testergebnis ausstellen können. Dazu melden sich die Arbeitgeber über ein simples Online-Formular an. Zudem stellt das Gesundheitsministerium Muster-Bescheinigungen bereit. Dadurch können Beschäftigte, die an ihrem Arbeitsplatz getestet werden, am gleichen Tag auch weitere testpflichtige Angebote wie gegebenenfalls Einkäufen wahrnehmen.

Grenzüberschreitende Fragen

Speziell im Zusammenhang mit der aktuell geltenden Testpflicht bei einer Einreise aus den Niederlanden gibt es zahlreiche Fragen. Dazu heißt es in einer Auskunft des Bundesgesundheitsministeriums: „Die Bürgertestung ist an keinerlei Voraussetzung geknüpft, also auch unabhängig vom Wohnsitz in Deutschland. Sie gilt aber explizit nur für asymptomatische Personen.“ Somit können sich auch Personen mit einem Wohnsitz in den Niederlanden kostenlos testen lassen.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Mehr Raum für unsere Feuerwehr—Gelder für Feuerwehre in Beelen und Oelde-Stromberg

Mit dem Sonderaufruf Feuerwehrhäuser im Rahmen der Dorferneuerung bewilligt das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) in diesem Jahr 22,9 Millionen Euro für Feuerwehrhäuser in 104 Dörfern, Gemeinden und Städten und für insgesamt 119 lokale Projekte zur Verbesserung des Brandschutzes. Einen solchen Sonderaufruf wird es auch 2022 geben, die Antragsfrist endet am 30. September dieses Jahres.

Feuerwehrhäuser in Dörfern

Für die Erweiterung
des Feuerwehrhauses in
Beelen fließen
250.000 € Landesmittel
in unsere Heimat!

Daniel Hagemeyer MdL



Feuerwehrhäuser in Dörfern

Für die Sanierung und
Erweiterung
des Feuerwehrhauses in
Oelde-Stromberg fließen
250.000 € Landesmittel
in unsere Heimat!

Daniel Hagemeyer MdL



5,2 Millionen Euro für unsere lebenswerte Heimat im Kreis Warendorf

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat heute das Städtebauförderprogramm 2021 bekanntgegeben. 294 Projekte der Stadtentwicklung und 60 Sportstätten (Neubau oder Sanierung) aus ganz Nordrhein-Westfalen erhalten insgesamt 368 Millionen Euro. Dazu erklären die heimischen Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer und Henning Rehbaum (beide CDU):

„Es ist das richtige Signal in einer schwierigen Zeit. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sich den zukünftigen Herausforderungen stellen können. Zurzeit ist unser Leben verändert und stark eingeschränkt – das wirkt sich auch auf unsere Ortskerne und Innenstädte aus, die wir weiterhin attraktiv und nachhaltig gestalten wollen.“

Städtebauförderprogramm 2021
5,195 Mio. Euro in den Kreis WAF

Ahlen	312.000 Euro
Beckum	1.719.000 Euro
Ennigerloh	629.000 Euro
Ostbevern	1.201.000 Euro
Sassenberg	521.000 Euro
Telgte	437.000 Euro
Warendorf	376.000 Euro

CDU

NRW Fraktion

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Fraktion

Novelle des Landeswassergesetzes: Trinkwasserversorgung im Fokus

In zweiter Lesung wurde im Landtag über die Novellierung des Landeswassergesetzes Nordrhein-Westfalen abgestimmt. Dazu erklärt die umweltpolitische Sprecherin Bianca Winkelmann:

„Wasser ist Grundlage des Lebens und diese wollen wir schützen. Wir brauchen Wasser in ausreichender Menge und guter Qualität. Deshalb steht die Trinkwasserversorgung beim neuen Landeswassergesetz im Fokus. Die Wasserversorgung ist im Hinblick auf die vergangenen trockenen Jahre kein reines Mengen-, sondern auch ein Qualitätsproblem, denn ausreichendes Wasser muss auch qualitativ nutzbar sein – sowohl als Trinkwasser als auch für die Landwirtschaft und viele Industriezweige. Um erwartbarer Konkurrenz vorzubeugen, ist der Trinkwasser-Vorrang zukünftig gesetzlich verankert. Die genaue Ausgestaltung und die Grundlagen für die erforderliche Abwägungsentscheidung werden in einer Verwaltungsvorschrift des Ministeriums geregelt.

Der Schutz und die Sicherheit der Trinkwasserversorgung sind auch dahingehend abgesichert, dass weiterhin die nötige Gewinnung von Bodenschätzen in der Randzone von Wasserschutzgebieten nur dann erlaubt ist, wenn nach einer Einzelfallprüfung der örtlichen Behörden festgestellt wurde, dass dieses Vorgehen unbedenklich ist. Erst wenn die landesweite Wasserschutzgebietsverordnung zum Thema oberirdische Bodenschatzgewinnung in Kraft getreten ist, wird das Bodenschatzgewinnungsverbot aufgehoben. Dies regeln wir in einem vorliegenden Änderungsantrag zum Gesetz.

Zu den Gewässerrandstreifen: Die Landwirtschaft ist bereit, freiwillige Maßnahmen zur Reduzierung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln in Gewässernähe zu ergreifen, gegen eine entsprechende Kompensation. Dieses Kooperations- und Kompensationsmodell wollen wir nach guter Erfahrung in der Vergangenheit ausbauen. Es bedarf keiner weiteren landesrechtlichen Regelungen, weil genau das in der Bundesdüngeverordnung bundeseinheitlich geregelt und sichergestellt ist.“

Ein Neubeginn für den Austausch nach dem Brexit

Nach dem Brexit endet auch die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an dem Austauschprogramm „Erasmus+“. Für Studierende, für Azubis oder Schülerinnen und Schülern entstehen im Zuge künftiger Aufenthalte mithin zahlreiche neue Organisations- und Finanzhürden. Die NRW-Koalition will den regen Austausch mit Großbritannien weiter pflegen und finanziell aktiv unterstützen. Dazu haben CDU und FDP eine Initiative ins Plenum eingebracht. Ein Auslandsaufenthalt während Schulzeit, Studium oder Ausbildung bringt viel mehr als eine Aufwertung des Lebenslaufes und einen Gewinn für die Sprachkompetenz. Er erweitert den persönlichen Horizont, öffnet den Geist, baut Vorurteile ab und leistet damit einen Beitrag zu einer gelebten internationalen Kultur. Die Freundschaft zwischen Staaten wird auch getragen durch Freundschaften zwischen Menschen aus beiden Staaten. Die Freundschaft Nordrhein-Westfalens mit dem Vereinigten Königreich, dem Gründungspaten unseres Bundeslandes vor 75 Jahren, ist der NRW-Koalition ganz besonders wichtig. Durch den Wegfall des Erasmus-Programms zahlen Studierende aus der EU für ihr Visum in Großbritannien künftig umgerechnet rund 400 Euro, hinzu kommen Zusatzkosten durch Studiengebühren von bis zu 10.000 Euro. Auch bei Schulfahrten ist mit zusätzlichen Kosten und organisatorischen Hürden zu rechnen, die insbesondere Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien benachteiligen. Ziel der Initiative ist, in NRW ein Stipendienwerk oder -programm aufzubauen und so Schülerinnen und Schülern, Studierenden sowie Azubis einen Aufenthalt im Vereinigten Königreich durch finanzielle Unterstützung weiterhin zu ermöglichen. Daran könnten sich privatwirtschaftliche Akteure beteiligen, aber auch die britische Regierung, um umgekehrt jungen Britinnen und Briten die Möglichkeit zu einem Aufenthalt in Nordrhein-Westfalen zu geben.“

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Handlungskonzept für Sport in Pandemien

Der Sport ist durch die Kontaktbeschränkungen in der Corona-Krise seit mehr als einem Jahr extrem eingeschränkt. Gleichzeitig weiß man um den gesundheitsfördernden Effekt sportlicher Betätigung, Experten glauben sogar, Sport könnte präventiv gegen eine Covid-19-Erkrankung helfen. Dazu fehlen aber wissenschaftliche Erkenntnisse – eine Initiative der NRW-Koalition soll das ändern. Dazu erklärt unser Abgeordneter Marc Blondin:

„Sport ist wichtig für die Balance – gesundheitlich wie psychisch. Regelmäßige Bewegung stärkt die Abwehrkräfte und ist so gerade in der Corona-Pandemie hilfreich. Gleichzeitig haben die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus vielen Menschen ihre gewohnten Möglichkeiten zum Sport in einem strukturierten Umfeld und mit sozialen Kontakten genommen.

Wissenschaftler und Sport-Experten sind einig, dass regelmäßige Bewegung den Abwehrkräften hilft und auch einen hemmenden Faktor gegen eine Covid-19-Erkrankung darstellen könnte. Doch dazu fehlen uns gesicherte Erkenntnisse. Der Landtag hat auf unsere Initiative hin der Landesregierung den Auftrag erteilt, eine interdisziplinäre Expertenrunde einzuladen und eine Studie auf den Weg zu bringen, um diese Frage zu beantworten. Wir wollen ein Handlungskonzept für Sport und Bewegung, das uns für mögliche ähnliche Pandemielagen in der Zukunft einen wissenschaftlich fundierten und sinnvollen Rahmen bietet, um Sport gezielt im Sinne der individuellen und öffentlichen Gesundheit einzusetzen.“

Digitale Beweise sichern, bevor sie verschwinden

Der Landtag NRW hat auf Antrag der NRW-Koalition von CDU und FDP beschlossen, dass sich unser Land für eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Sicherung elektronischer Beweise einsetzen wird („Effektive Strafverfolgung dank grenzüberschreitender Sicherung von elektronischen Beweismitteln unter Gewährleistung deutscher Schutzstandards“, Drucksache 17/13407).

In einer immer schneller werdenden und immer vernetzteren Welt ist auch das Verbrechen schnell und vernetzt. Das Geschäft mit Darstellungen von Kindesmissbrauch, Waffenhandel, Wirtschaftskriminalität, Terrorismus – all das findet grenzüberschreitend statt und die Beweise sind fast ausschließlich digital. Doch wenn die Strafverfolgungsbehörden sich an die Fersen der Täter heften, müssen sie bürokratische Rechtshilfegesuche an andere Staaten stellen und langwierige Ermittlungsverfahren anstrengen. Ein Beispiel: Eine Person aus Deutschland wird einer Straftat verdächtigt und Daten aus deren Facebook-Account könnten Beweise liefern. Da diese Daten oft auf Servern in Irland liegen, muss sich die Polizei an die irischen Kollegen wenden – direkte Anfragen an ausländische Unternehmen sind nicht erlaubt. So verstreicht wertvolle Zeit, in der rein elektronisches Beweismaterial leicht vernichtet werden kann. Wir müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen in Europa endlich an das digitale Zeitalter anpassen und unseren Strafverfolgern die Instrumente in die Hand gebe, die sie für die moderne Verbrecherjagd benötigen. Die EU hat mit der E-Evidence-Verordnung einen Vorschlag vorgelegt, wie die grenzüberschreitende Beweismittelgewinnung beschleunigt werden kann.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Landtag beschließt Zweites Bildungssicherungsgesetz

Der Landtag hat das Zweite Bildungssicherungsgesetz verabschiedet, mit dem eine Vielzahl von Regelungen für die schulischen Bildungsgänge, Prüfungen und Abschlüsse unter den Bedingungen der Coronavirus-Pandemie getroffen werden. Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer: „Mit dem Zweiten Bildungssicherungsgesetz sind umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Bildungswege unserer Schülerinnen und Schüler nun rechtlich verankert. Diese Pandemie hat uns alle mit einigen Unsicherheiten konfrontiert, auch und gerade im Bereich Schule. Die Landesregierung hat frühzeitig gehandelt und weitreichende Anpassungen beschlossen, um unseren Schülerinnen und Schülern in diesen herausfordernden Zeiten für ihre schulischen Laufbahnen ein höchstmögliches Maß an Verlässlichkeit zu bieten. Es gilt die Zusage der Landesregierung, den Schülerinnen und Schülern faire Prüfungen, anerkannte Schulabschlüsse und erfolgreiche weitere Bildungswege zu ermöglichen. Das Zweite Bildungssicherungsgesetz bildet dafür den letzten rechtlichen Baustein.“

Das Zweite Bildungssicherungsgesetz enthält unter anderem die folgenden Regelungen:

Am **Ende der Erprobungsstufe** wird die Entscheidung über eine Wiederholung an der bisherigen Schule oder einen Schulformwechsel nach einer Beratung durch die Schule grundsätzlich den Eltern überlassen. Die Erprobungsstufenkonferenz wird unter Berücksichtigung des Leistungsstandes eine Empfehlung dazu aussprechen, ob eine Schülerin oder ein Schüler den Bildungsgang in der gewählten Schulform fortsetzen sollte.

Es wird am Ende des Schuljahres 2021 **Versetzungsentscheidungen** geben. Mit einer Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen werden erweiterte Nachprüfungsmöglichkeiten geschaffen. Auf dem Verordnungsweg wird außerdem das freiwillige Wiederholen einer Klasse ermöglicht, ohne Anrechnung auf die Höchstverweildauer an einer Schule.

Es wird in diesem Schuljahr keine **Blauen Briefe** geben. Ein „Blauer Brief“ setzt voraus, dass sich die Leistungen in einem Fach seit dem Halbjahreszeugnis verschlechtert haben. Um mögliche Corona-bedingte Benachteiligungen auszugleichen, soll dieses Jahr gelten: Minderleistungen in einem Fach, die abweichend von der im letzten Zeugnis erteilten Note nicht mehr ausreichend sind, werden bei der Versetzungsentscheidung nicht berücksichtigt. Diese Regelung gilt für höchstens ein Fach, in dem sich die Leistungen nach dem Halbjahreszeugnis verschlechtert haben.

Die **zentralen schriftlichen Leistungsüberprüfungen** am Ende der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe finden auch in diesem Schuljahr 2021 nicht statt. Die Schulen können die für die zentralen Klausuren entwickelten Aufgaben dennoch – sofern dies vor Ort als sinnvoll angesehen wird – nutzen.

Die **Sprachstandsfeststellungen** finden erst im Schuljahr 2021/2022 wieder statt.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Startschuss für nachhaltige Strukturförderung im Rheinischen Revier

Am Dienstag hat die Landesregierung mit der digitalen Veranstaltung „#Revier2030. Mit Struktur in den Wandel“ den Startschuss für eine nachhaltige Strukturförderung im Rheinischen Revier gegeben. In einem Festakt und einer sich daran anschließenden Fachkonferenz haben die Landesregierung und die Region bekräftigt, mit welchen Vorhaben der Strukturwandel im Rheinischen Revier erfolgreich bewältigt werden soll. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Gespräch zwischen Ministerpräsident Armin Laschet und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, die über die Rahmenbedingungen des Kohleausstiegs in Deutschland und die anstehenden Aufgaben im Rheinischen Revier sprachen.

Ministerpräsident Armin Laschet: „Das Rheinische Revier steht mit dem Ausstieg aus der Braunkohle vor einer Jahrhundertherausforderung, die aber gleichermaßen eine Jahrhundertchance ist. Gemeinsam mit dem Bund haben wir die Voraussetzungen geschaffen, um diese Aufgabe zu meistern: der Bund stellt bis zum Jahr 2038 14,8 Milliarden Euro für das Rheinische Revier zur Verfügung, das Land flankiert dies zusätzlich mit eigenen Mitteln in Milliardenhöhe. Nun geht es darum, auf dieser Basis Projekte und Ideen aus der Region in die Umsetzung zu bringen. Das Rheinische Revier wird bei der Entwicklung zur Zukunftsregion tatkräftig unterstützt und soll so zur Blaupause für eine treibhausgasneutrale Industrieregion neuen Typs und damit zum Vorbild mit nationaler und europäischer Ausstrahlung werden.“

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier: „Die Umwandlung der bisherigen Kohleregionen zu Energie-regionen der Zukunft kann nur mit einem breiten Konsens zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erreicht werden. Nordrhein-Westfalen hat von Beginn an auf einen beteiligungsorientierten Ansatz gesetzt. So wird es gelingen, gemeinsam gute Projekte aufzusetzen und konkrete wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven für das Rheinische Revier zu schaffen. Die vom Bund mit dem Strukturstärkungsgesetz zur Verfügung gestellten Mittel werden diesen Prozess wirkungsvoll unterstützen.“

Ministerpräsident Armin Laschet: „Nordrhein-Westfalen hat von Beginn an die Bereitschaft erklärt, beim Kohleausstieg voranzugehen. Und so werden wir in den kommenden Jahren mit hoher Geschwindigkeit die CO₂-Emissionen verringern und die Hauptlast des Kohleausstiegs in Deutschland tragen. Mit der Stilllegung des Kraftwerksblocks „Niederaußem D“ haben wir bereits Ende 2020 den Ausstieg ganz praktisch begonnen. Bis ins Jahr 2028 hinein werden alle endgültigen Stilllegungen von Braunkohleblöcken ausschließlich im Rheinischen Revier erfolgen. Mit diesem Stilllegungspfad und gleichzeitig mit massiven Investitionen in den Klimaschutz leistet Nordrhein-Westfalen einen erheblichen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele und wird in Deutschland zum Vorreiter, ohne dabei die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie aus dem Blick zu verlieren.“

Im Fokus des Festaktes standen die Unterzeichnung des Reviervertrages und die Veröffentlichung des Projektaufrufs REVIER.GESTALTEN. Mit dem Reviervertrag einigen sich die Landesregierung und zentrale Akteure aus der Region über die Grundsätze ihrer Zusammenarbeit und die Erfolgsfaktoren für einen gelingenden Strukturwandel im Rheinischen Revier.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Wirtschafts- und Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: „Die Zukunft beginnt jetzt und sie beginnt im Rheinischen Revier. Wir werden diese Region zum internationalen Vorreiter für den Klimaschutz machen und dabei zeigen, wie zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Wertschöpfung entstehen können. Heute haben wir mit der Veröffentlichung des Projektauftrags REVIER.GESTALTEN eine entscheidende Grundlage dafür gelegt. Im Schulterschluss, ganz im Sinne des Reviervertrags, werden Land und Region die besten Projekte auswählen, die den Strukturwandel voranbringen. Damit werden wir dieses einzigartige Transformationsprojekt gemeinsam zum Erfolg führen.“

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: „Das Rheinische Revier ist Region der Zukunft. Jede Gemeinde, jede Stadt ist ein eigenes Kraftwerk: Bürgerinnen und Bürger, Rat und Verwaltung beraten und diskutieren, wie sich der Wandel in der Heimat im Rheinischen Revier gestalten lässt. Aus dieser Gemeinsamkeit erwächst neue Energie. Die Landesregierung will zusammen mit Menschen der Region das Rheinische Revier zu einem starken Stück Heimat entwickeln. Eine attraktive Heimat ist die beste Voraussetzung für den Wirtschaftsstandort und für neue Arbeitsplätze. Dieser Dreiklang schafft echte Strukturwirksamkeit in der Region.“

„Mit dem Reviervertrag haben wir die Weichen für nachhaltige und zukunftsgerechte Entwicklung gestellt. Indem wir die Kreislaufwirtschaft stärken, Maßnahmen zur Klimaanpassung umsetzen, grüne und blaue Infrastruktur fördern und eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft forcieren, kann das Rheinische Revier eine international einzigartige Modellregion für Nachhaltigkeit werden“, so Umweltministerin Ursula Heinen-Esser.

„Mit dem Reviervertrag wird das Zusammenwirken von Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft im Rheinischen Revier entscheidend vorangetrieben. Damit legen wir die Grundlage für die erfolgreiche Transformation von der Braunkohleregion zu einer Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensicherheit mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven und modernen Arbeitsplätzen“, sagt Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann: „Das Arbeitsministerium wird dafür kämpfen, dass das Rheinische Revier mit seinen vielen gut ausgebildeten Fachkräften auch nach der Kohle ein starker Industriestandort bleibt, mit vielen industriellen Arbeitsplätzen, einer hohen Wertschöpfung und mit guten Tariflöhnen. Um das zu erreichen, müssen wir dafür sorgen, dass die Fachkräfte im Rheinischen Revier ihre Ideen und Kompetenzen einbringen und durch passende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten die Veränderungen mitgestalten können.“

Verkehrsminister Hendrik Wüst: „Gute Mobilität ist Lebensqualität und Standortfaktor. Das Rheinische Revier hat die Chance, ein Mobilitätsrevier der Zukunft aufzubauen, mit einem flächendeckenden Netz moderner Mobilstationen, smarten Pendlerparkplätzen, einem gesamtregionalen Radwegenetz und einem leistungsstarken S-Bahn-Netz mit Anbindung an die Rheinschiene.“

In einer sich an den Festakt anschließenden Fachveranstaltung hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, im Rahmen von sieben verschiedenen Fachforen ihre Ideen und Anregungen in die Diskussion über die Zukunft des Reviers einzubringen. Die Fachforen orientierten sich entlang der vier Zukunftsfelder des Rheinischen Reviers.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de